

Sklavenjobs in Argentinien

Illegale Textilproduzenten: Die soziale Dauerkrise im Land am Río de la Plata hat einen Sektor extrem prekärer Beschäftigung geschaffen

Von Gaby Weber, Buenos Aires

Soll auch von Sklavenarbeit profitieren: Mauricio Macri von der Rechtspartei PRO beim Wahlkampf am 14. Oktober
Foto: Enrique Marcarian / Reuters



In den neunziger Jahren war die argentinische Textilindustrie am Ende. Staatsbetriebe wurden privatisiert, die Grenzen für ausländische Produkte geöffnet

und die Landeswährung Peso an den US-Dollar gekoppelt. Viel Geld strömte ins Land, doch statt moderne Maschinen anzuschaffen, wurde es ins Ausland verbracht. Güter aus Asien überfluteten den Markt, Billigkleidung aus Bangladesch. Die einheimische Industrie konnte damit nicht konkurrieren. Die Arbeitslosenzahl explodierte, Ende 2001 wurde der Staat zahlungsunfähig.

Der Peronist Néstor Kirchner hatte als Gouverneur der Erdölprovinz Santa Cruz die Privatisierungen unterstützt. Doch als er 2003 Präsident Argentinien wurde, verkündete er, eine »eigene nationale Bourgeoisie« aufbauen zu wollen. Da im bankrotten Land Kapital fehlte, ging das nur mit extrem billiger Arbeitskraft. »Kirchner rettete unsere Textilindustrie mit Sklavenarbeit«, ist Marcelo Ramal, Professor für Wirtschaftswissenschaften und trotzkistischer Stadtrat, überzeugt.

Ihrer eigenen Klientel haben sich die Kirchner-Administrationen als »Regierung für das Volk« dargestellt. Vermutlich wird auch der von Staatspräsidentin Cristina Kirchner (die ihrem verstorbenen Mann Nestor im Amt nachgefolgt war) favorisierte Kandidat Daniel Scioli bei den Wahlen am 25. Oktober die meisten Stimmen auf sich vereinen. Fakt ist auch:

Knapp 60 Prozent aller Argentinier sind wirtschaftlich vom Staat abhängig. Sie erhalten über die »Sozialpläne«, auf die kein Rechtsanspruch besteht, weil sie von Parteien ausgezahlt werden, Renten und Hilfsprogramme, die ein bescheidenes Überleben sichern. Ausländer kommen an diese Gelder nicht heran, sie arbeiten in Textilwerkstätten, in der Weinlese und der Altenpflege. »Der Assistenzialismus basiert auf einer Reservearmee von Arbeitslosen und chronischen Unterbeschäftigten«, beschreibt Ramal das System, »die der Staat unterhält, um ein ›größeres Übel‹, eine soziale Rebellion, zu verhindern. Man stellt die Armen mit Sozialprogrammen ruhig und zwingt sie, ihre miserable Situation auf ewig zu akzeptieren.«

Etwa 40.000 illegale Textilbetriebe im Lande stellen Billigware her, darunter Kopien von Markenprodukten. Das heißt: 200.000 Menschen hängen direkt von diesen Jobs ab, dazu kommen Stoff- und Garnverkäufer, Fahrer und nicht zuletzt die Käufer dieser Waren.

Eine Organisation namens Alameda geht seit Jahren gegen diese illegalen Betriebe vor, doch ihre Strafanzeigen landen meist in den Papierkörben einer korrupten Justiz. »Wir haben (die Firma) Soho bereits 2007 wegen Menschenhandel angezeigt,« so Ezequiel Conde, ein früherer Angestellter. 95 Prozent der Beschäftigten waren Bolivianer, denen man Wohnung, Verpflegung und gute Entlohnung in Aussicht gestellt hatte. »Aber sobald sie hier sind, nehmen ihnen die Schlepper die Pässe weg, sperren sie ein und lassen sie bis zum Umfallen für einen Lohn schufteln, der weit unter Mindestlohn und noch weiter unter Tarif liegt. Im ersten Jahr arbeiten sie praktisch umsonst, denn man zieht ihnen die Ausgaben für die Reise und den Unterhalt ab.«

Monatelang rührte die Staatsanwaltschaft keinen Finger. Dann meldete der Unternehmer Bankrott an. Um ihre Arbeitsplätze zu sichern, besetzten Conde und seine Kollegen die Fabrik und gründeten eine Kooperative. Conde koordiniert sie. Im Verwaltungsgebäude wurde ein Verkaufsraum eingerichtet, im hinteren Teil das Lager und die neue Näherei. Aber das Geschäft läuft mäßig, die T-Shirts sind doppelt so teuer wie die in Sklavenarbeit hergestellten. Der Tariflohn eines Nähers liegt bei umgerechnet 300 Euro. Die Kooperative zahlt nur den einheitlichen Stundenlohn von 1,15 Euro, eine Putzfrau in einem Privathaushalt verlangt das Vierfache.

Die Gewerkschaften betrachten Mitglieder von Kooperativen als »Selbständige« und lehnen ihre Aufnahme ab. Und wenn eine Werkstatt voller Schwarzarbeiter auffliegt oder gar abbrennt – dann hüllt sich die Organisation in Schweigen. Sozialhilfe wolle man nicht beantragen, so Conde, um sich von der Regierung nicht »erpressen« zu lassen. »Diese Sozialprogramme werden politisch benutzt. Zunächst beauftragen sie dich, Schulkittel zu nähen. Dann musst du ihnen monatelang hinterherrennen, damit sie die Rechnung zahlen. Und wenn du einmal in ihrem System drin bist, musst du auf ihre Demonstrationen und Kundgebungen gehen, sonst bekommst du keine Aufträge mehr.«

Die Regierung feiert es als Erfolg, auf diese Weise die nationale Textilindustrie gegen die asiatische Konkurrenz »verteidigt« zu haben. 15 Prozent vom Umsatz soll in ihre Kasse fließen, dazu kommen Schmiergelder für Polizei und Inspektoren. Auch der rechte Präsidentschaftskandidat, Mauricio Macri, verdient mit. Seine Ehefrau besitzt eine eigene Modefirma, die unter dem Verdacht steht, Sklavenarbeiter zu beschäftigen. Alameda hat Macris Privatsekretär angezeigt, dem die Marke Le Coq Sportif gehört. Aber bisher ist nichts passiert.

Dabei gebe es eine legale Handhabe, erklärt Conde, das »Gesetz über die Heimarbeit« aus dem Jahr 1945. Danach sind alle Teilnehmer der Wertschöpfungskette zivil- und strafrechtlich verantwortlich. Juristisch haftet also auch der Endverkäufer für die Verletzung des Arbeitsrechts und der Sicherheitsbestimmungen in den Herstellungsbetrieben – selbst wenn er seine Ware vom Subunternehmer erworben hat. Präsidentin Cristina Kirchner wollte das Gesetz entschärfen und den Endverkäufer aus der Pflicht nehmen. Bisläng konnte Alameda dies verhindern.